



Verordnung über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen

Chemikalienverordnung, ChemV

Änderung vom

Entwurf WTO-Notifikation

*Der Schweizerische Bundesrat,
verordnet:*

I

Die Chemikalienverordnung vom 5. Juni 2015¹ wird wie folgt geändert:

Ingress

gestützt auf Artikel 19 Absätze 2 und 3 des Tierschutzgesetzes vom 16. Dezember 2005², das Chemikaliengesetz vom 15. Dezember 2000³ (ChemG), auf die Artikel 26 Absatz 3, 29, 30a–30d, 38 Absatz 3, 39 Absatz 1, 41 Absatz 3, 44 Absätze 2 und 3, 46 Absätze 2 und 3 und 48 Absatz 2 des Umweltschutzgesetzes vom 7. Oktober 1983⁴ (USG) und auf die Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe c, 27 Absatz 2 und 48 Absatz 2 des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991⁵,

in Ausführung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1995⁶ über die technischen Handelshemmnisse,

SR

- 1 SR **813.11**
- 2 SR **455**
- 3 SR **813.1**
- 4 SR **814.01**
- 5 SR **814.20**
- 6 SR **946.51**

Ersatz von Ausdrücken

¹ Im ganzen Erlass werden «massgebende Menge nach Artikel 25» und «massgebende Menge eines Stoffs nach Artikel 25» ersetzt durch «in Verkehr gebrachte Menge».

² Gliederungstitel vor Art. 70, Art. 70 Sachüberschrift und Abs. 1, Art. 71 Sachüberschrift, Abs. 1, Art. 87 Abs. 2 Bst. f und Anhang 3:

Betrifft nur den italienischen Text.

³ Art. 2 Abs. 2 Bst. f, Art. 6 Abs. 3 Bst. a und Art. 16 Abs. 1:

Betrifft nur den italienischen Text.

Art. 1 Abs. 4

⁴ Für kosmetische Mittel im Sinne von Artikel 53 Absatz 1 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung vom 16. Dezember 2016⁷ in Form von Fertigerzeugnissen, die für private Verwenderinnen bestimmt sind, gelten ausschliesslich die Artikel 5–7 und 81 und nur insoweit, als es um die Belange des Umweltschutzes sowie die Einstufung und die Beurteilung hinsichtlich der Umweltgefährlichkeit geht.⁸ Dasselbe gilt bei einer Bestimmung für berufliche Verwenderinnen, soweit diese sie nicht in anderer Form in Verkehr bringen.

Art. 1 Abs. 5 Bst. c Einleitungssatz und Ziff. 1

c. Stoffe und Zubereitungen in Form folgender Fertigerzeugnisse, die für private Verwenderinnen bestimmt sind oder für berufliche Verwenderinnen, soweit diese sie nicht in anderer Form in Verkehr bringen:

1. Lebensmittel nach Artikel 4 des Lebensmittelgesetzes vom 20. Juni 2014⁹ (LMG),

Art. 2 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3, Abs. 2 Bst. r und Abs. 4 Fussnoten

¹ Im Sinne einer näheren Ausführung gegenüber dem ChemG bedeuten in dieser Verordnung:

b. *Herstellerin*

3. lässt eine Person einen Stoff, eine Zubereitung oder einen Gegenstand durch einen Dritten in der Schweiz herstellen, so gilt sie als alleinige Herstellerin, sofern sie in der Schweiz Wohnsitz, Geschäftssitz oder eine Zweigniederlassung hat. Ansonsten ist der Dritte die Herstellerin.

² Darüber hinaus bedeuten in dieser Verordnung:

⁷ SR **817.02**

⁸ Berichtigung vom 8. Sept. 2015 (AS **2015** 3017).

⁹ SR **817.0**

- r. *Standort*: zusammenhängende Örtlichkeit, in der im Falle mehrerer Herstellerinnen eines oder mehrerer Stoffe bestimmte Teile der Infrastruktur und der Anlagen gemeinsam genutzt werden;

⁴ Für die korrekte Auslegung der Ausdrücke, die in der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (EU-REACH-Verordnung)¹⁰, der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 (EU-CLP-Verordnung)¹¹ und der Richtlinie 75/324/EWG¹², auf die in dieser Verordnung verwiesen wird, genannt werden, gelten die Entsprechungen nach Anhang 1 Ziffer 1.

Art. 6 Abs. 3 Bst. b

³ Die Einstufung hat zu erfolgen:

- b. bei neuen Stoffen: gestützt auf die Daten des technischen Dossiers nach Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b sowie auf die Daten nach Artikel 5 Absatz 4.

Art. 10 Abs. 3 und 3bis

³ Zusätzlich zu den Absätzen 1 und 2 müssen bei der Kennzeichnung folgende Anforderungen erfüllt werden:

- a. Es sind Name, Adresse und Telefonnummer der Herstellerin anzugeben.
- b. Die Kennzeichnung muss in mindestens zwei Amtssprachen erfolgen; im Einvernehmen mit einzelnen beruflichen Verwenderinnen kann ein Stoff oder eine Zubereitung für die Abgabe an diese in nur einer Amtssprache oder in Englisch gekennzeichnet werden.
- c. Es können mehr Sprachen auf der Etikette verwendet werden, als nach Buchstabe b verlangt, sofern dieselben Angaben in sämtlichen verwendeten Sprachen erscheinen.

^{3bis} Werden Stoffe oder Zubereitungen aus einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) eingeführt, so kann der Name der Herstellerin durch den

¹⁰ Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission, ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 2017/999, ABl. L 150 vom 14.7.2017, S. 7.

¹¹ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2017/776, ABl. L 116 vom 5.5.2017, S. 1.

¹² Richtlinie 75/324/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aerosolpackungen, ABl. L 147 vom 9.6.1975, S. 40; zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/10/EU, ABl. L 77 vom 20.3.2013, S. 20.

Namen jener Person ersetzt werden, die für das Inverkehrbringen im EWR zuständig ist, falls die Stoffe oder Zubereitungen:

- a. nicht zur Abgabe an private Verwenderinnen bestimmt sind; oder
- b. in einer inneren Verpackung in Portionen von höchstens 125 ml bzw. g enthalten sind und auf der äusseren Verpackung, die an private Verwenderinnen abgegeben wird, Name, Adresse und Telefonnummer der Herstellerin angegeben sind.

Art. 11 Abs. 1

¹ Für Aerosolpackungen, die nicht in den Geltungsbereich des LMG fallen, gelten zusätzlich zu den Kennzeichnungsvorschriften dieser Verordnung die Artikel 1, 2, 8 Absätze 1 und 1a, die Ziffern 1.8, 1.9 und 1.10, die einleitende Bestimmung der Ziffer 2 sowie die Ziffern 2.2 und 2.3 des Anhangs der Richtlinie 75/324/EWG¹³.

Art. 14 Abs. 6

⁶ Während der ersten sechs Jahre nach der Meldung, Mitteilung oder Anmeldung eines neuen Stoffs ist für die Herstellerin und die beruflichen Verwenderinnen derselben Lieferkette für die Verwendung einer alternativen chemischen Bezeichnung keine Bewilligung erforderlich. Danach muss die chemische Bezeichnung nach Artikel 18 Absatz 2 der EU-CLP-Verordnung¹⁴ verwendet werden, oder es muss ein Gesuch um Verwendung einer alternativen chemischen Bezeichnung eingereicht werden.

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Abschnitts

Art. 15a Eindeutiger Rezepturidentifikator

¹ Die Herstellerin, die eine Zubereitung in Verkehr bringt, die aufgrund der von ihr ausgehenden physikalischen Gefahren oder Gesundheitsgefahren als gefährlich eingestuft und die für private Verwenderinnen bestimmt ist, muss diese mit einem eindeutigen Rezepturidentifikator (Unique Formula Identifier, UFI) versehen, die spezifisch ist für die Zusammensetzung.

² Sie muss den UFI mit dem elektronischen System erzeugen, das von der ECHA zur Verfügung gestellt wird. Davon kann abgesehen werden, wenn die Zubereitung aus einem Mitgliedsstaat des EWR eingeführt wird und bereits mit einem UFI ausgestattet ist.

³ Der UFI muss auf der Kennzeichnung so angebracht sein, dass er leicht sichtbar ist; ihm muss das Akronym UFI in Grossbuchstaben voranstellen.

⁴ Unterliegt die Zubereitung nicht der Meldepflicht nach Artikel 54, so sind die Absätze 1–3 nicht anwendbar.

¹³ Siehe Fussnote zu Art. 2 Abs. 4.

¹⁴ Siehe Fussnote zu Art. 2 Abs. 4.

Art. 19 Bst. d Ziff. 2 und 4

Die Herstellerin muss ein Sicherheitsdatenblatt für folgende Stoffe und Zubereitungen erstellen, soweit eine Pflicht zur Übermittlung nach Artikel 21 besteht:

- d. Zubereitungen, die nicht gefährlich im Sinne von Artikel 3 sind und mindestens einen der folgenden Stoffe enthalten:
 2. einen karzinogenen Stoff der Kategorie 2, einen reproduktionstoxischen Stoff der Kategorie 1A, 1B oder 2, ein Hautallergen der Kategorie 1, ein Inhalationsallergen der Kategorie 1, einen Stoff, der Wirkungen auf oder über die Laktation hat, oder einen PBT- oder vPvB-Stoff in einer Einzelkonzentration von $\geq 0,1$ Gewichtsprozent,
 4. einen Stoff, für den ein Grenzwert für die Exposition am Arbeitsplatz in den Richtlinien 2000/39/EG¹⁵, 2006/15/EG¹⁶, 2009/161/EU¹⁷ oder (EU) 2017/164¹⁸ festgelegt ist.

Art. 20 Abs. 2

Betrifft nur den französischen Text.

Art. 25

Aufgehoben

Art. 27 Abs. 2 Bst. a und e und Abs. 4

² Die Anmeldung muss folgende Daten und Unterlagen umfassen:

- a. die Menge, die die Anmelderin in Verkehr zu bringen beabsichtigt;
- e. alle verfügbaren Unterlagen und Informationen über die Eigenschaften, die Exposition und die schädlichen Wirkungen des Stoffs auf Mensch und Umwelt, soweit diese nicht bereits aus dem technischen Dossier nach Buchstabe b hervorgehen.

¹⁵ Richtlinie 2000/39/EG der Kommission vom 8. Juni 2000 zur Festlegung einer ersten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit, ABl. L 142 vom 16.6.2000, S. 47; zuletzt geändert durch Richtlinie 2009/161/EU, ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 87.

¹⁶ Richtlinie 2006/15/EG der Kommission vom 7. Februar 2006 zur Festlegung einer zweiten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG und 2000/39/EG; ABl. L 38 vom 9.2.2006, S. 36.

¹⁷ Richtlinie 2009/161/EU der Kommission vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung einer dritten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinie 2000/39/EG, ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 87.

¹⁸ Richtlinie (EU) 2017/164 der Kommission vom 31. Januar 2017 zur Festlegung einer vierten Liste von Arbeitsplatz-Richtgrenzwerten in Durchführung der Richtlinie 98/24/EG des Rates und zur Änderung der Richtlinien 91/322/EWG, 2000/39/EG und 2009/161/EU der Kommission, ABl. L 27 vom 1.2.2017, S. 115.

⁴ Aufgehoben

Art. 29 Abs. 1 und 1^{bis}

¹ Stellt die Anmeldestelle fest, dass ein neuer Stoff bereits in der Schweiz angemeldet wurde, so teilt sie der Anmelderin die Namen und Adressen der früheren Anmelderinnen mit.

1^{bis} Bisheriger Absatz 1

Art. 31 Voranfragepflicht zur Vermeidung von Versuchen an Wirbeltieren

¹ Studien mit Versuchen an Wirbeltieren dürfen nicht wiederholt werden.

² Wer im Hinblick auf eine Anmeldung Versuche an Wirbeltieren plant, muss bei der Anmeldestelle schriftlich anfragen, ob über diese Tierversuche bereits Daten vorliegen.

³ Die Anfrage muss Angaben enthalten über:

- a. die Identität des Stoffs nach Artikel 27 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer 2;
- b. die Menge des Stoffs, die die Anfragende in Verkehr zu bringen beabsichtigt.

⁴ Verfügt die Anmeldestelle bereits über ausreichende Daten aus früheren Versuchen an Wirbeltieren und sind die Voraussetzungen für die Verwendung dieser Daten nach Artikel 29 Absatz 1^{bis} nicht erfüllt, so:

- a. teilt sie den früheren Anmelderinnen die beabsichtigte Verwendung der Daten durch die neue Anmelderin sowie deren Name und Adresse mit; und
- b. legt sie der neuen Anmelderin die Namen und Adressen der früheren Anmelderinnen offen.

Art. 32 Entschädigungsanspruch für die gemeinsame Nutzung von Daten

¹ Die früheren Anmelderinnen haben Anspruch auf angemessene Entschädigung durch die neue Anmelderin für die Verwendung ihrer gemäss Artikel 30 geschützten Daten aus Versuchen an Wirbeltieren.

² Die Anmelderinnen bemühen sich selbständig um eine Einigung über die gemeinsame Datennutzung und die Entschädigung. Sie können ein Schiedsgutachten einholen.

³ Kommt keine Einigung zustande, so kann die neue Anmelderin bei der Anmeldestelle den Erlass einer Verfügung über die Höhe der Entschädigung beantragen; der Antrag kann frühestens vier Monate nach Eingang der Mitteilung nach Artikel 31 Absatz 4 erfolgen. Die neue Anmelderin informiert die früheren Anmelderinnen über ihren Antrag.

⁴ Die Anmeldestelle erlässt die Verfügung über die Höhe der Entschädigung spätestens 60 Tage nach Eingang des Antrages nach Absatz 3. Wird ihr ein Schiedsgutach-

ten vorgelegt, so ist sie daran gebunden, es sei denn, die Parteien bringen innert 30 Tagen Einwände im Sinne von Artikel 189 Absatz 3 der Zivilprozessordnung¹⁹ vor.

⁵ Besteht kein Schiedsgutachten, so berücksichtigt die Anmeldestelle bei ihrer Verfügung über die Höhe der Entschädigung insbesondere:

- a. den von den früheren Anmelderinnen belegten Aufwand zur Erlangung der Untersuchungsergebnisse;
- b. die verbleibende Schutzdauer für die betreffenden Daten.

Art. 33 Verwendung von Daten aus früheren Versuchen an Wirbeltieren

Die Anmeldestelle verwendet die Daten aus früheren Versuchen an Wirbeltieren für die Anmeldung nach Artikel 24, vorbehältlich anderer Vereinbarungen zwischen den Anmelderinnen, sobald:

- a. die neue Anmelderin und die früheren Anmelderinnen eine Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung der Daten und die Entschädigung getroffen haben oder die Anmeldestelle eine entsprechende Verfügung erlassen hat; und
- b. die neue Anmelderin die Entschädigung bezahlt oder sich durch mit Unterschrift bekräftigter Schuldanerkennung dazu verpflichtet hat.

Art. 42 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Sie darf keine Versuche an Wirbeltieren durchführen, falls die Gefahren mittels anderer Methoden bewertet werden können oder falls der Versuch aus wissenschaftlicher Sicht nicht notwendig ist.

Art. 48 Meldepflichtige Stoffe und Zubereitungen

Die Herstellerin muss folgende Stoffe und Zubereitungen innert drei Monaten nach dem erstmaligen Inverkehrbringen der Anmeldestelle melden:

- a. die in Artikel 19 genannten Stoffe und Zubereitungen, unabhängig davon, ob für diese ein Sicherheitsdatenblatt erstellt werden muss;
- b. Nanomaterialien, die nicht unter Buchstabe a fallen und die gezielt Fasern oder Röhren mit einer Länge $>5\ \mu\text{m}$ enthalten, falls diese biopersistent sind. Als biopersistent gelten Materialien mit einer Wasserlöslichkeit $<100\ \text{mg/l}$ oder mit einer Halbwertszeit in der Lunge von ≥ 40 Tagen.

Art. 49 Bst. c Ziff. 7 und Bst. d Ziff. 1a und 7

Die Meldung muss die folgenden Angaben enthalten:

- c. bei Stoffen:

¹⁹ SR 272

7. bei Nanomaterialien: die Zusammensetzung, die Teilchenform und die mittlere Korngrösse sowie, soweit vorhanden, die Anzahlgrössenverteilung, das spezifische Oberflächen-Volumen-Verhältnis, die Kristallstruktur, den Aggregationsstatus, die Oberflächenbeschichtung und die Oberflächenfunktionalisierung sowie die voraussichtlich jährlich in Verkehr gebrachte Menge nach einer der folgenden Kategorien: weniger als 1 Kilogramm, 1–10 Kilogramm, 10–100 Kilogramm, 100–1000 Kilogramm, 1–10 Tonnen, 10–100 Tonnen, mehr als 100 Tonnen,
- d. bei Zubereitungen:
 - 1a. bei Zubereitungen, die aufgrund der von ihnen ausgehenden physikalischen Gefahren oder Gesundheitsgefahren gefährlich sind und die für private Verwenderinnen bestimmt sind: der UFI,
 7. bei Zubereitungen, die Nanomaterialien enthalten, die im Sicherheitsdatenblatt angegeben werden müssen: die Zusammensetzung der Nanomaterialien, die Teilchenform und die mittlere Korngrösse sowie, soweit vorhanden, die Anzahlgrössenverteilung, das spezifische Oberflächen-Volumen-Verhältnis, die Kristallstruktur, den Aggregationsstatus, die Oberflächenbeschichtung und die Oberflächenfunktionalisierung.

Art. 50 Erweiterte Meldung

Für gefährliche Zubereitungen, die für private Verwenderinnen erhältlich sind, ist der Anmeldestelle die vollständige Zusammensetzung zu melden. Bestandteile, die nicht gefährlich im Sinne von Artikel 3 sind, können mit einem Namen, der die wichtigsten funktionellen Gruppen nennt, benannt werden.

Art. 54 Bst. a und k

Von den Meldepflichten nach diesem Kapitel ausgenommen sind:

- a. Zwischenprodukte, die nicht an Dritte abgegeben werden, den Standort nicht verlassen oder in Mengen unter 100 kg pro Jahr in Verkehr gebracht werden; davon ausgenommen sind Monomere, die neue Stoffe sind;
- k. Stoffe, die die Herstellerin nach Artikel 24 angemeldet hat.

Art. 73 Abs. 3 und 5 Bst. h

³ Als schutzwürdig gilt insbesondere das Interesse an der Wahrung des Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisses, einschliesslich:

- a. die Angaben über die Identität von Zwischenprodukten;
- b. die vollständige Zusammensetzung einer Zubereitung;
- c. die in Verkehr gebrachten Mengen eines Stoffs oder einer Zubereitung;
- d. die Informationen über Nanomaterialien gemäss Artikel 49 Buchstabe c Ziffer 7 und Buchstabe d Ziffer 7.

⁵ In keinem Fall als vertraulich gelten:

- h. die im Sicherheitsdatenblatt enthaltenen Informationen, ausgenommen die Identität von Zwischenprodukten;

Art. 74 Bst. b

- b. Daten über Fremd- und Inhaltsstoffe von Lebensmitteln und über Stoffe in Gebrauchsgegenständen, die vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen gestützt auf die Verordnung über den Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung vom 16. Dezember 2016²⁰ erhoben werden;

Art. 75 Abs. 5

⁵ Soweit es sich um vertrauliche Daten über die Zusammensetzung von Zubereitungen handelt, ist eine Weitergabe nach den Absätzen 2, 3 und 4 nur zulässig, wenn sie:

- a. durch eine Strafverfolgungsbehörde verlangt wird;
- b. der Beantwortung medizinischer Anfragen, insbesondere in Notfällen, dient; oder
- c. die Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben oder Gesundheit des Menschen oder für die Umwelt zum Zwecke hat.

Art. 80 Abs. 1 Bst. a

¹ Die Beurteilungsstellen können alte Stoffe überprüfen, die:

- a. aufgrund der hergestellten oder in Verkehr gebrachten Mengen oder aufgrund ihrer Gefährlichkeit oder der Gefährlichkeit ihrer Folgeprodukte oder Abfälle ein besonderes Risiko für das Leben oder die Gesundheit des Menschen oder die Umwelt darstellen können; oder

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 3. Kapitels

Art. 93a Übergangsbestimmungen zur Änderung vom xx.xx.2017

¹ Die Herstellerin von Zwischenprodukten und faser- oder röhrenförmigen Nanomaterialien, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung bereits in Verkehr gebracht werden, muss der Meldepflicht nach den Artikeln 48–54 bei erneutem Inverkehrbringen innert drei Monaten nachkommen.

² Zubereitungen nach Art. 15a Abs. 1 dürfen noch längstens bis zum 31. Dezember 2021 ohne UFI an private Verwenderinnen abgegeben werden.

II

¹ Der Anhang 3 erhält die neue Fassung gemäss Beilage.

² Die Anhänge 1, 2, 4 und 5 werden gemäss Beilage geändert.

III

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2018 in Kraft.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Doris Leuthard

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

*Anhang I*²¹
(Art. 2 Abs. 4, 5 und 6)

Ziff. 1, Tabelle, Bst. a

1

Für die korrekte Auslegung der Ausdrücke, die in der EU-REACH-Verordnung²², der EU-CLP-Verordnung²³ und der Richtlinie 75/324/EWG²⁴, auf die in dieser Verordnung verwiesen wird, genannt werden, gelten die folgenden Entsprechungen:

EU	Schweiz
<i>a. Deutsche Ausdrücke:</i>	
Hersteller, Lieferant, Importeur, nachgeschalteter Anwender	Herstellerin nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b
Inverkehrbringen	Inverkehrbringen nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i ChemG
Gemisch	Zubereitung
Erzeugnis	Gegenstand
Zwischenprodukt	Zwischenprodukt nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe j
Verbraucher / Endverbraucher	private Verwenderin
Öffentliche Beratungsstelle	Tox Info Suisse (Art. 79)

²¹ Bereinigt gemäss Anhang 6 Ziff. 3 der Abfallverordnung vom 4. Dez. 2015, in Kraft seit 1. Jan. 2016 (AS **2015** 5699).

²² Siehe Fussnote zu Art. 2 Abs. 4.

²³ Siehe Fussnote zu Art. 2 Abs. 4.

²⁴ Siehe Fussnote zu Art. 2 Abs. 4.

Anhang 2²⁵

(Art. 2 Abs. 5, 3, 6 Abs. 2 und 4, 14 Abs. 1 Bst. b, 20 Abs. 1, 43 Abs. 1, 84 Bst. a)

Ziff. 3.2

3.2 Für die Informationen, die nach Anhang II Abschnitte 1, 7, 8, 13 und 15 der EU-REACH-Verordnung zu übermitteln sind, müssen die Entsprechungen nach Anhang 1 Ziffern 2 und 3 berücksichtigt werden.

*Ziff. 5**Aufgehoben*

²⁵ Bereinigt gemäss Ziff. I der V des BAG vom 2. Nov. 2015, in Kraft seit 1. Dez. 2015 (AS **2015** 4429).

Anhang 3^{26,27}

(Art. 70 Abs. 1 und 84 Bst. b)

**Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe
(Kandidatenliste)**

- ²⁶ Bereinigt gemäss Berichtigung vom 8. Sept. 2015 (AS **2015** 3017) und gemäss Ziff. I der V des BAG vom 2. Nov. 2015, in Kraft seit 1. Dez. 2015 (AS **2015** 4429) und Ziff. I Abs. 2 der V des BAG vom 1. Nov. 2016, in Kraft seit 1. Dez. 2016 (AS 2016 4041).
- ²⁷ Die Kandidatenliste wird weder in der AS noch in der SR veröffentlicht. Sie kann beim BAG unter www.anmeldestelle.ch > Themen > Chemikalienrecht und Wegleitungen > Chemikalienrecht > Chemikalienverordnung kostenlos abgerufen werden. Sie gilt in der Fassung vom [= Inkrafttretensdatum der Verwaltungsänderung] und enthält ... Stoffe.

Anhang 4

(Art. 2 Abs. 5, 25, 26 Abs. 2, 27 Abs. 2 Bst. b, 47 Abs. 1 und 84 Bst. c)

Ersatz von Ausdrücken

Im ganzen Anhang wird «massgebenden Menge eines Stoffs nach Artikel 25» ersetzt durch «in Verkehr gebrachten Menge»; «massgebenden Mengen nach Artikel 25» wird ersetzt durch «in Verkehr gebrachten Mengen».

Ziff. 4 Bst. f

Betrifft nur den französischen Text.

Anhang 5

(Art. 61)

Ziff. 1.2, Bst. d

-
- d. Gebinde ab einem Inhalt von mehr als 1 kg gekennzeichnet mit:



H410²⁸: Sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung

in Verbindung mit

²⁸ gilt nur für Stoffe und Zubereitungen, die wegen ihrer Einstufung als "Aquatic Chronic 1" mit H410 gekennzeichnet werden müssen.